

## VR-05 Zukunft sichern – ökologisch, gerecht, wettbewerbsfähig

Antragsteller\*in: Stanislav Elinson (KV Leipzig)

Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte V-Anträge

### Antragstext

#### 1. Energie- und Wirtschaftspolitik

Deutschland braucht eine Energiepolitik, die bezahlbar, klimafreundlich und standortstark ist. Doch die schwarz-rote Bundesregierung setzt mit ihren Beschlüssen falsche Schwerpunkte.

Die geplante Ausweitung der Gaskraftwerkskapazitäten auf bis zu 20 GW übersteigt den realen Bedarf. Anstatt flexible und erneuerbare Lösungen zu fördern, wird so der Einstieg in eine neue Abhängigkeit von fossilem Gas zementiert.

Wir fordern: Ausbauziele am tatsächlichen Bedarf auszurichten und Vorrang für kostengünstige, saubere Alternativen wie Batteriespeicher und Lastmanagement. So gewährleisten wir Versorgungssicherheit ohne teure fossile Risiken.

Gleichzeitig hat die Bundesregierung durch Änderungen bei den EEG-Ausschreibungen Investitionsanreize für Wind- und Solarprojekte abgeschwächt. Das gefährdet Planungssicherheit und bremst die Energiewende.

Wir fordern: ein Ausschreibungsdesign, das Investitionen stärkt, dezentrale Energieerzeugung erleichtert und den Ausbau beschleunigt – so bleibt Deutschland bei den Zukunftstechnologien wettbewerbsfähig.

Die Abschaffung der Gasspeicherumlage ab 2026 entlastet vor allem fossile Energien, während die zugesagte Senkung der Stromsteuer für Haushalte und Mittelstand bislang fehlt. Das verteuert die Elektrifizierung – das Herzstück der klimaneutralen Industrie.

Wir fordern: eine sofortige Senkung der Stromsteuer, damit E-Autos, Wärmepumpen und moderne Industrieprozesse günstiger werden und unsere Wettbewerbsfähigkeit steigt.

Die Wiedereinführung der Agrardieselsubvention ist ein Rückschritt in der Klimapolitik. Sie begünstigt klimaschädliche Strukturen, verzögert die notwendige Umstellung auf klimafreundliche Antriebstechnologien und bindet öffentliche Mittel, die wir für einen ökologischen Umbau der Landwirtschaft besser nutzen sollten.

Wir fordern: die konsequente Abschaffung klimaschädlicher Subventionen und eine Umschichtung der Mittel in Forschung, Investitionshilfen und Beratung für ökologische Landwirtschaft sowie für den Umstieg auf emissionsfreie Landmaschinen.

Das neu geschaffene Sondervermögen Infrastruktur darf nicht zur Haushaltskosmetik missbraucht werden.

Wir fordern: eine klare Zweckbindung – ausschließlich für zusätzliche Zukunftsinvestitionen in Verkehr, Bau, Digitalisierung, Bildung und

37 Energiewende. Investitionen sind keine Belastung, sondern die Voraussetzung für  
38 Wachstum und Wohlstand.

## 39 2. Industrie und Standortpolitik

40 Deutschland ist Exportnation. Unsere Industrie braucht Planungssicherheit,  
41 Innovationsförderung und Fachkräfte, nicht ideologische Debatten.

42 Die von Unionspolitikern angeheizte Diskussion über eine Rücknahme des  
43 europäischen Verbrenner-Ausstiegs ab 2035 verunsichert die Industrie.  
44 Autohersteller und Zulieferer investieren längst in Elektromobilität und  
45 Batterien. Eine Aufhebung wäre nicht nur klimapolitisch falsch, sondern auch  
46 ökonomisch sinnlos, weil die weltweite Nachfrage nach Verbrennern bereits sinkt  
47 und der Marktanteil elektrischer Antriebe tendenziell wächst. Politische  
48 Rückschritte würden Unternehmen in ihrer strategischen Planung behindern und  
49 Arbeitsplätze gefährden.

50 Wir fordern: ein klares Bekenntnis zu den europäischen Vereinbarungen und  
51 gezielte Unterstützung für den Umbau der Automobilbranche. Das sichert  
52 hunderttausende Jobs und die technologische Führungsrolle Deutschlands.

53 Gleichzeitig sind weite Teile unserer Industrie von Rohstoffen abhängig, die im  
54 Ausland gefördert und verarbeitet werden. Diese Abhängigkeit birgt erhebliche  
55 Risiken auf geopolitischer und wirtschaftlicher Ebene. Um die Resilienz unseres  
56 Wirtschaftsstandorts zu stärken, ist der Aufbau geschlossener Stoffkreisläufe  
57 dringend notwendig. Kreislaufwirtschaft bedeutet mehr als Recycling – sie  
58 umfasst die Verlängerung der Produktlebensdauer, die Förderung von Reparatur und  
59 Wiederverwendung sowie nachhaltige Produktgestaltung von Anfang an. Wir fordern:  
60 gezielte Investitionen in Forschung, Förderprogramme und Praxisinitiativen für  
61 Kreislaufwirtschaft, um Rohstoffsouveränität, Klimaschutz und Innovationskraft  
62 zu verbinden.

63 Die dauerhafte Absenkung der Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie ist  
64 ein teures Mitnahmeprogramm ohne zielgenaue Wirkung.

65 Wir fordern: Investitionshilfen für Energieeffizienz, Ausbildung und  
66 Modernisierung. So bleibt die Gastronomie krisenfest und attraktiv für  
67 Beschäftigte.

68 Die geplante Erhöhung der Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer bevorzugt  
69 lange Arbeitswege und begünstigt vor allem obere Einkommen.

70 Wir fordern: ein sozial-ökologisches Mobilitätsgeld, das gezielt kleine und  
71 mittlere Einkommen entlastet und dabei klimafreundliche Verkehrsmittel fördert.

## 72 3. Soziale Sicherungssysteme

73 Unsere sozialen Sicherungssysteme müssen verlässlich, gerecht und  
74 generationenfest sein.

75 Mit dem Rentenpaket II hat die Bundesregierung das Rentenniveau bis 2031 bei 48  
76 % eingefroren. Kurzfristig schafft das Sicherheit, langfristig aber explodieren  
77 die Beitragssätze. Hinzu kommt die neue Mütterrente III, die zusätzliche  
78 Milliarden kostet, ohne das System zukunftsfester zu machen.

79 Wir fordern: eine Rückkehr zu einem ehrlichen Rentenmechanismus mit  
80 Nachhaltigkeitsfaktor, der die Realität von Demografie und Arbeitsmarkt

81 abbildet. Außerdem muss das Renteneintrittsalter künftig an die Lebenserwartung  
82 gekoppelt werden und die Frühverrentung nach 45 Beitragsjahren nur für  
83 gesundheitsgefährdende Berufe möglich sein. Schließlich braucht es eine  
84 Rentenversicherung, in die alle Erwerbstätigen einzahlen – fair, solidarisch und  
85 generationengerecht. Damit bleibt die Rente stabil, ohne die Jüngeren zu  
86 überlasten.

87 Die Debatte über angebliche Einsparungen beim Bürgergeld schwächt das Vertrauen  
88 in den Sozialstaat und verhindert, dass Menschen in Arbeit kommen. Kürzungen  
89 helfen dem Haushalt kaum, würden aber Armut verfestigen und Fachkräftepotenziale  
90 verschenken. Dennoch braucht das Bürgergeld Reformen: Unklare Anreizstrukturen,  
91 hohe Transferentzugsraten und zu langsame Verfahren erschweren die Integration  
92 in Arbeit. Studien zeigen, dass Menschen beim Bürgergeld oft so viel von ihrem  
93 zusätzlichen Einkommen abgeben müssen, dass sich Mehrarbeit kaum lohnt. Mit  
94 gezielten Änderungen ließen sich die Anreize deutlich verbessern.

95 Wir fordern:

- 96 • mehr Mittel für Weiterbildung, Umschulung und Familienförderung,
- 97 • eine deutliche Verbesserung der Betreuungsschlüssel in den Jobcentern,
- 98 • ein Bonusmodell für schnelle Arbeitsmarktintegration, das Eigeninitiative  
99 belohnt,
- 100 • eine effizientere digitale Verwaltung, um bürokratische Hürden abzubauen,
- 101 • eine Absenkung der Transferentzugsraten auf ein wissenschaftlich  
102 fundiertes Maß von maximal 60%, sodass sich Mehrarbeit spürbar lohnt,
- 103 • ergänzende Freibeträge für Kinder, Ausbildung und Pflege, um besondere  
104 Lebenslagen zu berücksichtigen.

105 So wird das Bürgergeld zu einem echten Instrument der Arbeitsmarktintegration –  
106 im Interesse von Wirtschaft und Gesellschaft.

107 Kranken- und Pflegeversicherung:

108 Beide Systeme geraten durch den demografischen Wandel zunehmend unter Druck.  
109 Steigende Kosten treffen heute vor allem Beitragszahler\*innen mit mittlerem und  
110 geringem Einkommen. Gleichzeitig bleibt die Finanzierung zwischen gesetzlicher  
111 und privater Versicherung gespalten – das ist weder gerecht noch effizient.

112 Wir fordern:

- 113 • eine solidarische Bürgerversicherung Gesundheit und Pflege, in die alle  
114 Einkommensarten – auch Kapitalerträge – einbezogen werden,
- 115 • eine stärkere Steuerfinanzierung der versicherungsfremden Leistungen,  
116 damit Beiträge stabil bleiben,
- 117 • verbindliche Pflege-Bürgerrücklagen, um die Generationenfairness zu  
118 sichern,
- 119 • Ausbau präventiver und digital gestützter Versorgungsmodelle, um  
120 Pflegebedürftigkeit zu verzögern und Kosten langfristig zu senken,
- 121 • Effizienzgewinne durch eine perspektivische Zusammenführung der  
122 gesetzlichen Krankenkassen: Statt heute rund 90 Krankenkassen mit eigenen  
123 Strukturen braucht es perspektivisch weniger leistungsstärkere Einheiten.  
124 Konsolidierung kann Verwaltungsaufwand senken und Mittel direkt in die  
125 Versorgung lenken.
- 126 • Stabile Sozialbeiträge sind zudem ein Standortfaktor: Kalkulierbare  
127 Lohnnebenkosten stärken Investitionssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit  
128 deutscher Unternehmen.

#### 129 4. Steuerpolitik

130 Ein gerechtes Steuersystem ist die Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt  
131 und solide Staatsfinanzen. Heute gilt jedoch: Arbeit wird stärker besteuert als  
132 Kapital und Erbe. Das schwächt Leistungsanreize, verschärft Ungleichheit und  
133 mindert die Handlungsspielräume des Staates.

134 Die Erbschaftsteuer weist erhebliche Schlupflöcher auf. Große Betriebsvermögen  
135 können weitgehend steuerfrei übertragen werden, während normale Erb\*innen  
136 belastet werden. Das vertieft die soziale Ungleichheit und schwächt die  
137 Finanzierung des Gemeinwesens.

138 Wir fordern: eine gerechte Reform der Erbschaftsteuer, die Ausnahmen reduziert,  
139 die Bewertung von Unternehmensvermögen realistisch ausgestaltet und kleine  
140 Erbschaften schützt. Eine faire Erbschaftsbesteuerung ist ein Gebot der  
141 Generationengerechtigkeit und ermöglicht dringend notwendige Investitionen in  
142 Bildung, Infrastruktur und sozialen Ausgleich.

143 Darüber hinaus sollten wir neue Rechtsformen wie die GmbH (Gesellschaft mit  
144 gebundenem Vermögen) berücksichtigen: Durch die Charakteristik, dass das  
145 Vermögen dauerhaft an das Unternehmen gebunden ist, werden die langfristigen  
146 Ziele erreicht, die Familienunternehmen auch heute verfolgen – Stabilität,  
147 Verantwortung und Generationengerechtigkeit. Die GmbH kann damit eine faire und  
148 chancengleiche Möglichkeit für Nachfolge und Erbschaften bieten, die den Bestand  
149 von Unternehmen sichert und zugleich Gemeinwohlorientierung stärkt.

150 Auch die Einkommensteuer muss gerechter werden. Der Spitzensteuersatz greift  
151 heute zu früh und belastet damit auch mittlere Einkommen. Gleichzeitig sind die  
152 wirklich hohen Einkommen und Vermögen unterproportional entlastet.

153 Wir fordern:

- 154 • eine Anhebung des Spitzensteuersatzes,
- 155 • ein späteres Einsetzen des Spitzensteuersatzes, damit kleine und mittlere
- 156 Einkommen nicht übermäßig belastet werden,
- 157 • zielgerichtete Steuergutschriften für niedrige Einkommen, die Arbeit
- 158 attraktiver machen und die Kaufkraft stärken.

159 Darüber hinaus blockieren fossile Subventionen die notwendige Transformation und  
160 sind mit Klimaschutz nicht vereinbar. Deutschland ist weiterhin einer der  
161 größten Subventionierer fossiler Energien in der EU; das schadet Klimazielen und  
162 bindet Milliarden, die für den ökologischen Umbau gebraucht werden. Wir fordern:  
163 die konsequente Abschaffung fossiler Subventionen – von Dieselprivileg bis  
164 Kerosinsteuerbefreiung – und die Umschichtung der Mittel in Klimaschutz, soziale  
165 Entlastung und Investitionen in die Zukunft.

## 166 5. Regionale Gerechtigkeit und Zusammenhalt

167 Der ökologische und ökonomische Umbau gelingt nur, wenn er allen Regionen  
168 zugutekommt. Gerade in strukturschwachen Gebieten, insbesondere in  
169 Ostdeutschland, sind Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Arbeitsplätze  
170 entscheidend für Zukunftsperspektiven.

171 Wir fordern:

- 172 • ein gezieltes Transformationsprogramm für strukturschwache Regionen, das
- 173 Investitionen in erneuerbare Energien, moderne Industrie und Forschung
- 174 bündelt,
- 175 • den Ausbau von Schienen, Breitband und Gesundheitsinfrastruktur, um
- 176 ländliche Räume attraktiv zu machen,
- 177 • Anreize für Unternehmen, sich in Regionen mit hoher Abwanderung oder
- 178 Arbeitslosigkeit anzusiedeln,
- 179 • stärkere Förderung von Bildung und beruflicher Qualifizierung in
- 180 ostdeutschen Ländern, um die Abwanderung junger Menschen zu stoppen und
- 181 Fachkräfte vor Ort zu halten.

182 So wird die Transformation zu einer Chance für den Osten und alle ländlichen  
183 Räume – und nicht zu einer weiteren Quelle von Spaltung.

## 184 6. Staat und Digitalisierung

185 Eine moderne, handlungsfähige Demokratie braucht einen digitalen Staat. Doch  
186 kleinteilige Zuständigkeiten, zersplitterte Verwaltungsstrukturen und föderaler  
187 Flickenteppich blockieren heute die notwendige Transformation. Viele Prozesse  
188 werden lokal gedacht und organisiert, obwohl sie bundesweit einheitlich  
189 gestaltet werden müssten – etwa die Beantragung von Pass- und Ausweisdokumenten.

190 Wir fordern:

- 191 • grundlegende Struktur- und Föderalismusreformen, um Doppelstrukturen zu  
192 reduzieren und digitale Prozesse bundesweit zu harmonisieren. Once-Only  
193 muss verbindlicher Standard werden, sodass Bürger\*innen und Unternehmen  
194 Daten nur einmal einreichen müssen. Dazu braucht es einheitliche  
195 Schnittstellen und Standards zwischen Verwaltung und Softwaresystemen, die  
196 Melde- und Reportingpflichten minimieren und Interoperabilität  
197 sicherstellen.
- 198 • Die Deutschland-App kann zum zentralen Zugangspunkt für Bürger\*innen  
199 werden – für Ausweis, Behördengänge und Nachweise. Doch sie darf nicht als  
200 isoliertes Projekt verstanden werden, sondern muss in ein Ökosystem  
201 eingebettet sein, das offene Schnittstellen nutzt und allen Regionen  
202 zugutekommt. Auch Unternehmen profitieren: von standardisierten  
203 Meldewegen, automatisierten Genehmigungsverfahren und reduzierter  
204 Bürokratie.

205 So entsteht ein digital souveräner Staat, der Innovation ermöglicht, Verwaltung  
206 beschleunigt, Vertrauen stärkt und Wirtschaft wie Gesellschaft gleichermaßen  
207 entlastet.

208 Schlussbemerkung

209 Deutschland steht an einem Wendepunkt. Wir brauchen Investitionen statt  
210 Symbolpolitik, Verlässlichkeit statt Rollback, Ehrlichkeit statt kurzfristiger  
211 Wahlgeschenke. Stabile Sozialbeiträge, ein gerechtes Steuer- und Transfer-System  
212 sowie eine konsequente Abkehr von klimaschädlichen Subventionen sind die  
213 Grundpfeiler, die Wettbewerbsfähigkeit, Zusammenhalt und Klimaschutz verbinden.

214 Wir Bündnisgrüne wollen eine Politik, die Arbeitsplätze sichert, internationale  
215 Wettbewerbsfähigkeit stärkt, Klimaschutz voranbringt, regionale Gerechtigkeit  
216 herstellt und soziale Sicherheit generationengerecht organisiert. Nur so bleibt  
217 Deutschland stark – ökologisch, ökonomisch und sozial.

## weitere Antragsteller\*innen

Tobias Hocke-Beck (KV Göppingen); Kai Kristof Keune (KV Ettlingen); Kai-Uwe Berroth (KV Alb-Donau); Moritz Franz-Gerstein (KV Göppingen); Yann Aretin Eggert (KV Pinneberg); Dominik Schrade-Köhn (KV Alb-Donau); Christel Kunert (KV Alb-Donau); Marcel Veerman (KV Alb-Donau); Angela Scheffold (KV Alb-Donau); Eckhart Klein (KV Göppingen); Peter Schober (KV Leipzig); Ferdinand Müller (KV Leipzig); Lukas Mosler (KV Bautzen); Daniel Pawliczek (KV Leipzig); Jana Thomas (KV Leipzig); Jonas Malmström (KV Leipzig); Ralf Schmid (KV Alb-Donau); Steffi Schönherr (KV Chemnitz); Oliver Gassner (KV Konstanz); sowie 31 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.